Smart City Rostock – Ergänzendes Material zum Beitrag in der 124. Ausgabe der „Stadtgespräche“: Die Antworten der einzelnen Fraktionen im Wortlaut

Antwort der CDU-Fraktionsvorsitzenden Chris Günther:

1. Sehen Sie Handlungsbedarf bei Politik und Verwaltung?
Ja, und zwar erheblichen. Das Smart-City-Projekt ist ein Paradebeispiel dafür, wie man sich in Rostock von großen Worten blenden lässt und am Ende kaum Substanz liefert. Es wurde als Zukunftsprojekt verkauft, als Modernisierungsschub, als Aufbruch in eine digitale Stadt. Was wir bekommen haben, ist ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, die weder die Verwaltung modernisieren noch die Lebensrealität der Menschen verbessern. Wenn ein Projekt über Jahre hinweg Millionen verschlingt, Vollzeitstellen bindet und hunderte Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozessen Zeit investieren, dann muss der Nutzen klar erkennbar sein. Das ist er aber nicht! Die Verwaltung muss sich ehrlich fragen, wie es passieren konnte, dass ein Projekt dieser Größenordnung so weit an seinen eigenen Ansprüchen vorbeiläuft. Eine schonungslose Bilanz ist zwingend.

2. Wie kann das Projekt in den verbleibenden 18 Monaten produktiv genutzt werden?
Die Restlaufzeit darf nicht zu einer Verlängerung des bisherigen Scheiterns werden. Wenn das Projekt noch irgendeinen Wert für Rostock haben soll, dann muss es sich radikal auf das konzentrieren, was tatsächlich Wirkung entfaltet. Die Stadt braucht keine weiteren Installationen, die sich gut fotografieren lassen, sondern digitale Grundlagen, die den Alltag der Menschen verbessern. Die Verwaltung muss die verbleibenden Monate nutzen, um echte digitale Verwaltungsprozesse zu schaffen, die funktionieren, und eine Dateninfrastruktur aufzubauen, die Entscheidungen in der Stadtentwicklung unterstützt. Alles, was nicht diesem Ziel dient, gehört gestrichen. Es geht jetzt nicht mehr um Workshops, Beteiligungsformate oder kreative Stadtmöbel, sondern darum, wenigstens einen Teil des ursprünglichen Anspruchs einzulösen. Wenn das nicht gelingt, dann sollte man den Mut haben, das Projekt geordnet zu beenden.

3. Was sind die größten aktuellen Handlungsbedarfe im Bereich Digitalisierung?
Die größten Herausforderungen liegen nicht in kreativen Workshops oder urbanen Spielereien, sondern in der Schließung grundlegender Rückstände. Rostock braucht eine digitale Verwaltung, die funktioniert, und zwar nicht nur auf dem Papier. Bürgerinnen und Bürger erwarten einfache, verlässliche Prozesse, Unternehmen brauchen digitale Schnittstellen, die nicht ständig hängen. Gleichzeitig wächst die Bedrohung durch Cyberangriffe, und die Stadt muss ihre IT-Sicherheit endlich ernst nehmen. Auch die digitale Infrastruktur in den Stadtteilen ist unzureichend. Digitalisierung darf nicht nur dort stattfinden, wo es sich gut vermarkten lässt. Und schließlich braucht Rostock eine solide Datenbasis, um Entscheidungen in Verkehr, Klimaanpassung und Stadtentwicklung fundiert treffen zu können. All diese Aufgaben sind zentral, und sie wurden im Rahmen des Smart-City-Projekts bisher kaum adressiert, weil man sich lieber mit sichtbaren, aber wenig wirksamen Maßnahmen beschäftigt hat.

4. Inwiefern planen Sie als Fraktion, aktiv zu werden?
Wir werden das Projekt weiterhin kritisch begleiten und dafür sorgen, dass nicht weiter Geld in Maßnahmen investiert wird, die vor allem kommunikativ glänzen, aber strukturell kaum etwas bewirken. Wir werden eine klare Kosten-Nutzen-Bilanz einfordern, die offenlegt, was tatsächlich erreicht wurde. Wir werden prüfen, welche Maßnahmen eingestellt oder deutlich reduziert werden müssen, damit Ressourcen nicht weiter verschwendet werden. Und wir werden darauf drängen, dass die verbleibenden Mittel in Bereiche fließen, die die Stadt wirklich voranbringen. Unser Ziel ist es, die Digitalisierung Rostocks endlich auf ein solides Fundament zu stellen. Innovation ist wichtig, aber sie darf nicht zur Ausrede werden, um Projekte zu rechtfertigen, die vor allem eines sind - teuer und wirkungslos.

Antwort des Fraktionsvorsitzenden von DIE LINKE, Christian Albrecht

Wir teilen einen Teil Ihrer kritischen Einschätzung zum bisherigen Verlauf des Smart-City-Projektes. Gleichzeitig halten wir es für wichtig, zwischen der grundsätzlichen Idee des Förderprogramms, einzelnen durchaus sinnvollen Projekten und der Frage zu unterscheiden, ob Aufwand, Beteiligung und Ergebnisse insgesamt in einem angemessenen Verhältnis stehen. Aus unserer Sicht ist dabei auch eine zeitliche Einordnung wichtig: In den ersten Jahren des Projektes ist unter dem damaligen Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen zu wenig aus

den Möglichkeiten des Smart-City-Programms gemacht worden. In der öffentlichen Wahrnehmung standen lange eher Einzelmaßnahmen und die Außendarstellung des Projektes im Vordergrund, während die strategische Umsetzung nicht vorankam. Unter Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger hat das Thema deutlich an Dynamik gewonnen und konkrete Projekte sind stärker in die Umsetzung gekommen. Das sollte ausdrücklich anerkannt werden. Umso wichtiger ist es nun, die verbleibende Förderzeit konsequent zu nutzen.

1. Sehen Sie Handlungsbedarf bei Politik und Verwaltung in Bezug auf das Projekt? Welche Reaktionen erscheinen Ihnen sinnvoll?

Ja. Aus unserer Sicht braucht es für die verbleibende Projektlaufzeit vor allem mehr Transparenz, eine klare Prioritätensetzung und eine stärkere Orientierung am konkreten Nutzen für die Rostocker*innen. Als die Bürgerschaft 2020 die Teilnahme am Modellprojekt beschlossen hat, wurde ein Gesamtvolumen von zwölf Millionen Euro und ein maximaler städtischer Eigenanteil von 4,2 Millionen Euro zugrunde gelegt. Gleichzeitig war ausdrücklich ein gesamtstädtischer Ansatz vorgesehen. Alle Stadtteile sollten von dem Vorhaben profitieren. Deshalb ist es richtig, heute danach zu fragen, was mit welchem finanziellen und personellen Aufwand erreicht worden ist. Dabei geht es für uns nicht darum, das Projekt im Nachhinein schlechtzureden oder einzelne Maßnahmen gegeneinander auszuspielen. Entscheidend ist vielmehr, aus der bisherigen Umsetzung zu lernen und zu klären, welchen dauerhaften Mehrwert das Projekt für die Stadt schafft.
Das gilt ebenso für die Bürger*innenbeteiligung. In der Strategiephase wurden nach Angaben des Projektes mehr als 300 Projektvorschläge gesammelt und daraus sieben Kernprojekte entwickelt. Eine solche Beteiligung ist zunächst positiv. Sie entfaltet ihren Wert aber erst dann vollständig, wenn auch nachvollziehbar ist, welche Vorschläge aufgegriffen wurden, welche nicht und nach welchen Kriterien diese Entscheidungen getroffen wurden. Wir halten deshalb einen umfassenden Zwischenbericht an die Bürgerschaft für sinnvoll. Dieser sollte für sämtliche Teilprojekte Kosten, bisherige Ergebnisse, Beteiligung, räumliche Wirkung, erwartete Folgekosten und die Perspektive nach Auslaufen der Förderung darstellen. Dazu gehört auch eine aktualisierte Gesamtrechnung des Förderprojektes. Die 4,2 Millionen Euro sind der ursprünglich beschlossene maximale Eigenanteil. Welche städtischen Eigenmittel tatsächlich eingesetzt werden und noch eingesetzt werden sollen, muss transparent dargestellt werden.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Projekt in der Restlaufzeit produktiv für Rostock zu nutzen?

Die verbleibende Zeit sollte aus unserer Sicht vor allem dafür genutzt werden, die begonnenen Projekte zu tragfähigen und dauerhaft nutzbaren Lösungen weiterzuentwickeln. Weniger sinnvoll wäre es, kurz vor Ende des Förderzeitraums noch zahlreiche neue Einzelprojekte zu beginnen, deren langfristiger Nutzen und Finanzierung unklar bleiben. Besonders wichtig sind aus unserer Sicht die Rostock-App, eine funktionierende urbane Datenplattform, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und die tatsächliche Digitalisierung kommunaler Dienstleistungen. Gerade bei der Rostock-App sollte der Anspruch sein, bestehende Angebote sinnvoll zusammenzuführen und für die Menschen einen erkennbaren Mehrwert zu schaffen, nicht lediglich eine zusätzliche Anwendung neben bereits vorhandenen digitalen Angeboten. Gleichzeitig sollten erfolgreiche Pilotprojekte stärker auf ihre Übertragbarkeit geprüft werden. Wenn sich beispielsweise die Klimaoase in Dierkow bewährt, muss die nächste Frage sein, in welchen weiteren Stadtteilen solche Lösungen sinnvoll und besonders notwendig wären. Das gilt ebenso für intelligente Bewässerung, Sensorik, öffentliche Begegnungsorte und digitale Beteiligungsformate.
Kritisch sehen wir, dass mit HafenSport, WarnowRundweg und City Cube mehrere besonders sichtbare Projekte im Stadthafen beziehungsweise in der Innenstadt angesiedelt sind. Zugleich gibt es mit Projekten wie der Klimaoase auch Ansätze außerhalb des Zentrums. Für uns als Linke muss der Maßstab sein, daraus jetzt eine stärker gesamtstädtische Perspektive zu entwickeln. Rostock ist eine sozial stark differenzierte Stadt. Digitalisierung und Stadtentwicklung müssen deshalb gerade auch dort ankommen, wo öffentliche Infrastruktur, soziale Angebote und Investitionen besonders gebraucht werden.

3. Was sind aus Ihrer Sicht die größten aktuellen Handlungsbedarfe im Bereich Digitalisierung in Rostock?

Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck. Der Maßstab muss sein, ob sie den Alltag der Menschen einfacher macht, Teilhabe verbessert und Beschäftigte bei ihrer Arbeit unterstützt. An erster Stelle steht deshalb die Digitalisierung kommunaler Dienstleistungen. Einfache Vorgänge müssen zunehmend online erledigt werden können, ohne dass dafür zwingend ein Termin und ein persönlicher Behördengang notwendig sind. Gleichzeitig müssen analoge Zugänge erhalten bleiben. Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Barrierefreiheit und niedrigschwellige Angebote gehören deshalb zwingend dazu. Zweitens brauchen wir bessere digitale

Beteiligungsmöglichkeiten. Bürger*innen sollen nicht erst informiert werden, wenn Entscheidungen im Wesentlichen bereits gefallen sind. Digitalisierung kann helfen, Beteiligung früher, einfacher und transparenter zu organisieren. Entscheidend bleibt aber, dass Beteiligung tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen haben kann. Drittens braucht die Verwaltung eine tragfähige digitale Infrastruktur: miteinander kompatible Systeme, eine sinnvolle gemeinsame Datenbasis, hohe IT-Sicherheit und möglichst offene, nachnutzbare Lösungen. Dass die Rostock-App auf Open-Source-Basis entwickelt werden soll, halten wir deshalb grundsätzlich für einen richtigen Ansatz. Viertens darf Digitalisierung nicht als Ersatzdebatte für notwendigen Personalbestand geführt werden. Wir haben uns klar gegen die Vorstellung von SPD, CDU und FDP gewandt, durch den Abbau hunderter Stellen strukturelle Haushaltsprobleme zu lösen und gleichzeitig darauf zu hoffen, Digitalisierung und künstliche Intelligenz könnten die Beschäftigten kurzfristig ersetzen. Digitalisierung muss gute Arbeit ermöglichen, Verfahren beschleunigen und Beschäftigte von unnötigen Routinen entlasten. Sie darf nicht zum Instrument eines pauschalen Personalabbaus werden.

4. Inwiefern planen Sie als Fraktion, in Bezug auf das Projekt aktiv zu werden?
Uns geht es nicht darum, der Verwaltung von außen eine Mängelliste vorzulegen. Wir wollen gemeinsam mit der Verwaltung darauf schauen, was in der verbleibenden Förderzeit noch sinnvoll erreicht werden kann, welche Projekte verstetigt werden sollten und wo gegebenenfalls nachgesteuert werden muss. Dafür braucht die Bürgerschaft eine vollständige und vergleichbare Übersicht über die Smart-City-Maßnahmen. Wir wollen deshalb darauf hinwirken, dass transparent dargestellt wird, wie hoch die bisherigen und noch geplanten Ausgaben je Teilprojekt sind, welche städtischen Eigenmittel tatsächlich eingesetzt werden, wie die Ergebnisse der Bürger*innenbeteiligung in die Projektauswahl eingeflossen sind, welche Stadtteile von den jeweiligen Maßnahmen profitieren, anhand welcher Kriterien der Erfolg der Projekte bewertet wird und welche Personal-, Betriebs- und Folgekosten nach dem Ende der Förderung entstehen. Gerade der letzte Punkt ist wichtig. Wenn Projekte wie die Rostock-App, der City Cube oder andere digitale Infrastrukturen über die Förderperiode hinaus weitergeführt werden sollen, muss darüber auf Grundlage nachvollziehbarer Kosten, Nutzungszahlen und Wirkungen entschieden werden. Smart City kann für Rostock einen echten Wert haben. Die entscheidende Frage ist nicht, wie viele Workshops stattgefunden haben, wie viele Fördermittel gebunden wurden oder wie viele Einzelprojekte sichtbar geworden sind. Entscheidend ist, ob am Ende bessere öffentliche Dienstleistungen, mehr Teilhabe, eine leistungsfähigere Verwaltung und konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen in der ganzen Stadt entstehen.

Antwort der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.Volt

1. Sehen Sie Handlungsbedarf bei Politik und Verwaltung in Bezug auf das Projekt? Und, wenn ja: Welche Reaktionen erscheinen Ihnen sinnvoll?
Momentan gibt es ein Informationsdefizit. Die Bürgerschaft wurde bislang nicht über die Gründe für die erneuten Terminverschiebungen unterrichtet. Sie betreffen ja nicht nur den City Cube, sondern auch die „Rostock App“. Wir haben darum eine Anfrage eingereicht, in der wir den aktuellen Stand der Projekte und mögliche Probleme erfragen. Projekte wie die „Rostock App“ sind sehr komplex, darum sind zeitliche Verschiebungen nicht ungewöhnlich. Die Verwaltung muss aber transparent über den Entwicklungsstand informieren, damit wir als Fraktion erkennen können, ob Handlungsbedarf von Seiten der Politik besteht.

2. ***Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Projekt in der Restlaufzeit von knapp 18 Monaten produktiv für Rostock zu nutzen?***
Es kommt jetzt in erster Linie darauf an, die begonnenen Einzelprojekte erfolgreich fertigzustellen. „Smile City“ und die Verwaltung müssen außerdem gewährleisten, dass Vorhaben wie die Klimaoase in Dierkow, der Hafen-Sport, die neue Datenerfassung der Gewässer oder der City Cube auch nach Ende der Förderung ordentlich fortgeführt werden. Es ist noch einmal eine echte Herausforderung, die Projekte in verschiedene Bereiche der Verwaltung zu übergeben.

3. Was sind aus Ihrer Sicht die größten aktuellen Handlungsbedarfe im Bereich Digitalisierung in Rostock?
Die Stadt hat bei der Digitalisierung natürlich einige Baustellen. Für die Bürger*innen sind viele Verwaltungsdienstleistungen noch nicht digital verfügbar. Es gibt allerdings auch Fortschritte – mit der elektronischen Bauakte hat Rostock zum Beispiel gerade einen Meilenstein erreicht. Von der „Rostock App“ aus

dem „Smile City“-Projekt erwarten wir einen echten Mehrwert für den Alltag der Menschen, weil hier viele Informationen aus dem Stadtleben an einem Ort gebündelt werden.
Es kommen auch regelmäßig neue Herausforderungen hinzu, zum Beispiel ein sinnvoller Einsatz von KI-Anwendungen. Als Fraktion GRÜNE.Volt ist uns außerdem wichtig, dass wir unsere digitale Infrastruktur schrittweise von amerikanischen Tech-Konzernen und auch anderen Großmächten unabhängig machen. Mit Open-Source-Alternativen wird unsere IT sicherer und langfristig preiswerter. Die Stadt musste zum Beispiel kürzlich hunderte Rechner aussortieren, weil Microsoft den Support für das Betriebssystem eingestellt hat. So bezahlen wir doppelt: teure Lizenzen und oft unnötige Technik-Upgrades.

4. Inwiefern planen Sie als Fraktion, in Bezug auf das Projekt aktiv zu werden?
Mit unserer Anfrage holen wir die Informationen zum aktuellen Projektstand ein und werden dann mit der Verwaltung und „Smile City“ besprechen, wie es weitergeht. Erst dann können wir sehen, ob die Politik eingreifen muss. Wir werden es kritisch, aber konstruktiv begleiten. Darum wollen wir jetzt keine „Hauruck“-Aktionen erzwingen, sondern dass die Einzelprojekte so vernünftig fertiggestellt werden, dass sie auch dauerhaft funktionieren.

Antwort von Nils-Ole Rosengart, Mitglied der Hansefraktion

1. ***Sehen Sie Handlungsbedarf bei Politik und Verwaltung in Bezug auf das Projekt? Welche Reaktionen erscheinen Ihnen sinnvoll?***
Wir sehen jetzt dringenden Handlungsbedarf. Die Verwaltung muss die bisherige Arbeit auswerten und Konsequenzen ziehen, insbesondere hinsichtlich der Bürgerbeteiligung.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Projekt in der Restlaufzeit produktiv für Rostock zu nutzen?
Smart City sollte aufhören als selbstständige Organisationseinheit direkt unter der Bürgermeisterin zu existieren. Künftig sollte sie im Amt für Digitalisierung und IT angesiedelt werden und sich auf die Entwicklung digitaler Lösungen zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen konzentrieren.

3. Was sind aus Ihrer Sicht die größten aktuellen Handlungsbedarfe im Bereich Digitalisierung in Rostock?
Rostock bietet zwar bereits eine Online-Terminvergabe an, aber die allermeisten Verwaltungsdienstleistungen erfordern immer noch den Gang zum Amt. Die Ummeldung einer Wohnung erfordert immer noch den Gang zum Amt. Ebenso ist lediglich die Beantragung einer Gewerbeummeldung online möglich. Rostock sollte, so rechtlich möglich, mehr Verwaltungsdienstleistungen über die Bund-ID möglich machen.

4. Inwiefern planen Sie als Fraktion, in Bezug auf das Projekt aktiv zu werden?
Unsere Fraktion wird einen Antrag und eine begleitende Anfrage an die Verwaltung zu Smart City beraten. Die Integration von Smart City in das Amt für Digitalisierung und IT, zur Entwicklung von digitalen Projekten zur Entbürokratisierung erscheint mir persönlich sinnvoll und mehrheitsfähig. Andere Digitalisierungsbedarfe können von den jeweiligen Ämtern angezeigt werden, dafür braucht es kein externes Expertenteam.

Antwort der SPD-Fraktion

Das Projekt "Smart City" wurde vom ehemaligen Oberbürgermeister Madsen nach Rostock geholt. In den ersten Monaten erfuhr das Projekt jedoch nicht die Unterstützung von Seiten der Verwaltung, die es gebraucht hätte, um das Projekt frühzeitig greifbarer zu gestalten und zu einem echten Mehrwert für Rostock werden zu lassen. Die neuen Smile City Mülleimer haben vermutlich für mehr Fragen als Klarheit gesorgt, was mit dem Projekt Smart City konkret gemeint ist. Eine intensivere Behandlung und Fokussierung auf Schwerpunkte erfolgte erst nach dem Amtsantritt von Oberbürgermeisterin Kröger. In den verbleibenden 18 Monaten wird man das Projekt nicht mehr komplett neu denken können, sondern muss die begonnenen Projekte erfolgreich beenden. Zwei zentrale Projekte stehen dabei in unserem Fokus:
1. Der City Cube: Ab Herbst diesen Jahres soll dieser auf dem Neuen Markt entstehen. In seinen Räumlichkeiten wird es möglich sein, Workshops, Veranstaltungen, Diskussionsformate und andere Projekte durchzuführen. Wir sind überzeugt, dass hier ein Raum für Begegnungen entstehen kann, der sich etabliert und später vielleicht auf andere Stadtteile erweitert werden kann.

2. Rostock App: Die Digitalisierung ist in vielen Bereich der Stadt/Stadtverwaltung schon vorangeschritten, hat aber immer noch Ausbaupotenzial. Wenn es gelingt, mit der App eine Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger*innen zu schaffen, wo nicht nur Informationen für die Bürger*innen widergespiegelt werden, sondern man auch z.B. sein Auto anmelden kann oder einen Termin beim Ortsamt buchen kann, wäre dies ein großer Schritt für die Stadtgesellschaft.
Viele Dienstleistungen der Stadt können bereits digital beantragt werden, dennoch ist es bei vielen Anträgen immer noch nötig, das online ausgefüllte Formular auszudrucken, händisch zu unterschreiben und vor Ort abzugeben. Durch eine App könnte man hier unnötigen Aufwand und auch Geld sparen.
Im Bürgerservice-Ausschuss werden wir das Thema aktiv begleiten und uns zum Jahresende 2026 von der Verwaltung darlegen lassen, ob die gesteckten Ziele bis Ende 2027 erreichbar sind oder wie ggf. nachgesteuert werden soll.

Antwort der FDP-Fraktionsvorsitzenden, Frau Julia Kristin Adler

1. Sehen Sie Handlungsbedarf bei Politik und Verwaltung in Bezug auf das Projekt? Und, wenn ja: Welche Reaktionen erscheinen Ihnen sinnvoll?
Bei Smart City wurde nicht immer smart mit Geld umgegangen. Wenn zwölf Millionen Euro Steuergeld ausgegeben werden, muss auch klar sein, was Rostock davon tatsächlich hat. Sinnvolle Projekte wie die Rostock-App wollen wir ins Ziel bringen, teure Experimente dürfen dagegen nicht einfach weiterlaufen. Außerdem muss stärker geprüft werden, ob die Stadt technische Lösungen wirklich selbst entwickeln muss oder ob bestehende Angebote aus der Privatwirtschaft wirtschaftlicher und besser sind."

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Projekt in der Restlaufzeit von knapp 18 Monaten produktiv für Rostock zu nutzen?
Die letzten 18 Monate müssen dafür genutzt werden, aus Smart City endlich möglichst viel konkreten Nutzen für Rostock herauszuholen. Gute Projekte müssen fertig werden und in den Alltag übergehen. Die Rostock-App kann zu einer zentralen digitalen Anlaufstelle für städtische Dienstleistungen werden. Auch die urbane Datenplattform kann einen Mehrwert schaffen, wenn die Daten am Ende von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgern tatsächlich genutzt werden können. Es darf jetzt aber nicht darum gehen, noch möglichst viel Fördergeld auszugeben."

3. Was sind aus Ihrer Sicht die größten aktuellen Handlungsbedarfe im Bereich Digitalisierung in Rostock?
Rostocks größter digitaler Nachholbedarf liegt bei der Verwaltung. Es reicht nicht, komplizierte analoge Verfahren einfach eins zu eins ins Digitale zu übertragen. Wir müssen Verwaltungsprozesse zuerst einfacher machen und sie dann digital abbilden. Bürger und Unternehmen brauchen weniger Schritte, weniger Nachweise und weniger Zuständigkeitswirrwarr."

4. Inwiefern planen Sie als Fraktion, in Bezug auf das Projekt aktiv zu werden?
Wir werden von der Verwaltung einen Kassensturz zu Smart City verlangen. Die Bürgerschaft muss wissen, welche Projekte noch fertiggestellt werden, wie viel Geld noch vorhanden ist und vor allem, welche laufenden Kosten nach Ende der Förderung auf Rostock zukommen. Die Fördermittel dürfen nicht dazu führen, dass heute Projekte aufgebaut werden, die morgen dauerhaft den städtischen Haushalt belasten.